

Ortsgespräch

Nr. 36

DETTINGEN - WALLHAUSEN

MÄRZ '84

es muss
nicht immer
schwarz sein
unser

BADEN-WÜRTTEMBERG

SPD



'84 in den Landtag

Es wird zuviel über Umwelt geredet und zuwenig gehandelt

von Landtagskandidat Sigurd Gawron

Vor wenigen Jahren noch wurde nicht selten als weltfremder Spinner betrachtet, wer auf die Gefährdung unserer Umwelt aufmerksam machte. Heute findet diese Sorge selbst in Pressekonferenzen des Ministerpräsidenten unseres Landes seinen Niederschlag. Stimmt es also, daß es gut bestellt ist, mit der Umweltpolitik in Baden-Württemberg?

- Wir müssen über eine unterschiedlich hohe Mehrwertsteuer dazu kommen, daß auch beim Verbraucher umweltfreundliches Verhalten belohnt und umweltschädliches Verhalten benachteiligt wird.
- Wer das Sterben der Wälder noch aufhalten will, der muß den neuesten Stand der Technik zur Richtschnur machen. Das heißt: Entstickung und Entschwefelung nach den japanischen Normen und Technologien bei Kraftwerken, Industrie und Kraftfahrzeugen. Dazu gehört zwingend die Bereitschaft, 1986 bleifreies Benzin und Abgaskatalysatoren vorzuschreiben, notfalls im Alleingang.
- Wer wirklich Schluß machen will mit falsch dosierter Düngung und Nitratbelastung, mit überzogenem Einsatz von Pflanzenschutzgiften und Tierarzneimitteln, muß für eine grundlegende Reform des EG-Agrarrechtes eintreten, das Überproduktion und Naturbelastung geradezu erzwingt, die Agrarfabriken begünstigt und die kleinen Bauern schädigt.
- Die Betonierung unseres Landes muß gestoppt werden. Das vorhandene und im Bau befindliche Straßennetz reicht aus. Sinnvolle Verkehrsberuhigung und flächensparende Umfahrung von Orten, wo das noch erforderlich ist, heißt die einzige verantwortliche Alternative, die durch die Förderung des Schienenverkehrs ergänzt werden muß.

Wenn Umweltpolitik sich weiterhin in Absichtserklärungen der CDU-Regierung erschöpft, dann wird in einigen Jahren von der landschaftlichen Schönheit Baden-Württembergs so gut wie nicht mehr übrig sein.

Sozialdemokraten haben mit Erhard Eppler schon für die Erhaltung der Umwelt gestritten, als das noch ein verspottetes Minderheitenthema war, darum können wir heute glaubwürdig um Mehrheiten für diese Politik kämpfen.

Halten wir uns an die Tatsachen: Sowohl beim Ausmaß des Waldsterbens als auch in der Betonierung der Landschaft nimmt Baden-Württemberg eine traurige Spitzenstellung ein. Wenn nicht alles täuscht, steht uns mit der Verseuchung des Grundwassers mit chlorierten Kohlenwasserstoffen und

Nitrat eine ähnliche Katastrophe ins Haus wie bei den Wäldern. Gleiches gilt für die zunehmende Gefährdung der Nahrungsmittel durch den maßlosen Einsatz von Pflanzenschutzgiften und Tierarzneimitteln sowie die zunehmende Belastung der Böden mit Schwermetallen.

Von der Verantwortung für diese Entwicklung kann sich die CDU mit noch so vielen Absichtserklärungen und Forschungsaufträgen nicht befreien. Überhaupt gilt: In diesem Land wird zu viel über Umweltschutz geredet und zu wenig gehandelt.

Es sind einschneidende Kurskorrekturen erforderlich, für die die SPD eintritt:

- Der Versuch, Umweltpolitik über die Festlegung von Grenzwerten für einzelne Schadstoffe zu machen, ist gescheitert, wie das Waldsterben zeigt. Die Wissenschaft ist nicht in der Lage, beweiskräftige Aussagen über das Zusammenwirken der einzelnen Schadstoffe zu machen. Heute bleibt angesichts der tickenden Zeitbombe keine andere Konsequenz, als alle bekannten Schadstoffe auf Verdacht massiv zu reduzieren. Für den Schutz der Umwelt muß sich das Vorsorgeprinzip durchsetzen.
- Es gibt keinen Gegensatz zwischen Ökologie und Ökonomie. Bei einem geschätzten volkswirtschaftlichen Schaden von 30 bis 60 Milliarden DM pro Jahr ist das überhaupt keine Frage. Aber es gibt einen Gegensatz zwischen den betriebswirtschaftlichen Interessen einzelner Unternehmer und dem volkswirtschaftlichen Gesamtinteresse. So lange die Schäden an unseren Baudenkmälern nicht in den Bilanzen der Energieversorgungsunternehmen auftauchen, wird sich daran nichts ändern. Es muß deshalb ernst gemacht werden mit der Einführung von Schadstoffabgaben, die die Betreiber zu umweltfreundlicherem Verhalten zwingen.

O R T S G E S P R Ä C H

Herausgeber: SPD-Ortsverein
Dettingen-Wallhausen
Verantwortlich: Roland Schöner
Edition: Heidi Schmidt
Gestaltung: Erich Drobek
Titelbild: Horst Döpner
Druck: Friedrich Romer
KN, Rheinsteig 15
Redaktionsan- Sämtisblick 1,
schrift: 7750 Konstanz 19 - Dett.
Nachdruck gegen Einsendung eines
Belegexemplars jederzeit gestattet.

In unserem Lande diesmal

SPD

- Solide Politik in Wirtschaft und Verwaltung
(statt oberflächlicher Hektik)
- Aktive Arbeitsmarktpolitik und Zukunftssicherung
(statt bloßem Abwarten)
- Gerechte Verteilung von Lasten und soziale Sicherung
(statt einseitiger Sparopfer)
- Vorausschauende und wirksame Umweltpolitik
(statt kurzfristiger Ideenblasen)
- Sicherung und Ausbau der Bürgerfreiheit
(statt staatlicher Überwachung)
- Mehr Gesprächsbereitschaft und Toleranz
(statt Bedrohung durch Raketen)
- Vernünftige und moderne Schulpolitik
(statt alter Zöpfe)

Weil wir in Baden-Württemberg wirkliche Taten und Programme brauchen
(statt vieler Worte) sollten Sie diesmal

am 25. März die

SPD

und ihre Kandidatinnen und Kandidaten zum Landtag wählen.

Wir tun es auch

Manfred Kuthe, Wissenschaftler; Ernst Bargel, Angestellter; Rita Olbert, Hausfrau; Heidi Linge, Hausfrau; Peter Broghammer, Systemanalytiker; Hilde Schmidt, Hausfrau; Horst Linge; Therese Griesmeier; Anne Jehle, Lehrerin; Gilda Wegner, Lehrerin; Leni Koßmann, Hausfrau; Heidi Schmidt, selbst.; Irene Brucker, Lehrerin; Irene Drobek, Hausfrau; Ursel Kern, Apothekerin; Sieglinde Gloger, Hausfrau; Hans Schmidt, Techniker; Ursel Großbecker, Hausfrau; Irene Baumhardt; Gudula Döpner, Hausfrau; Anke Rasched, Oberstudienrätin; Ihab Rasched, Lehrstuhlvertreter; Peter Arnold, Student; Reinhard Kirschen, Kaufmann; Harald Schuster, Student; Dr. Almut Schäfer, Hausfrau; Gabriele Weber, Hausfrau; Horst Döpner, Professor (FH);

Bildungspolitik ist Ländersache

Seit über 30 Jahren leiten CDU-Minister die Schul- und Bildungspolitik in Baden-Württemberg. Man könnte meinen, daß damit eine gewisse Kontinuität in diesem Bereich gewährleistet wäre. Das Gegenteil ist der Fall.

Mayer-Vorfelders Profilierungssucht

Jeder neue Kultusminister nutzte die Möglichkeiten seiner Position, um Neuregelungen durchzusetzen und "Punkte" für sich zu sammeln. Der augenblickliche Minister für Kultus und Sport, (VFB-Präsident) Mayer-Vorfelder übertrifft dabei alle seine Vorgänger bei weitem. Er beansprucht für sich, die bildungspolitische "Wende" eingeleitet zu haben. Er erteilt der bisherigen Schul- und Bildungspolitik die schlechtesten Noten: es müsse endlich wieder Rechtschreibung gelernt werden, das Rechnen, Lesen und Singen sei vernachlässigt worden und und und. Wer würde ihm nicht zustimmen wollen? - Aber 1. stimmt das so natürlich nicht. 2. erteilt er seinen Untergebenen, den Lehrern, für die er eine "Fürsorgepflicht" hätte (!) vor der Öffentlichkeit eine Rüge, gegen die sie sich nicht wehren können, weil sie Beamte sind und 3. müssen sich die Lehrer nach den Lehrplänen richten; und diese waren doch wohl von CDU-Kultusministern mit der CDU-Mehrheit im Landtag festgelegt worden. Damit erhalten auch seine Partei und die von ihr gestellten Minister ein recht schlechtes Zeugnis. - Es wird ihm Gleiches von seinem Nachfolger geschehen. Jeder muß sich profilieren, will er wiedergewählt werden! So ist das in der Politik. - In der Schulpolitik sollten andere Maßstäbe gelten. Hier wäre Behutsamkeit am Platz!

Mal reaktionär, mal progressiv

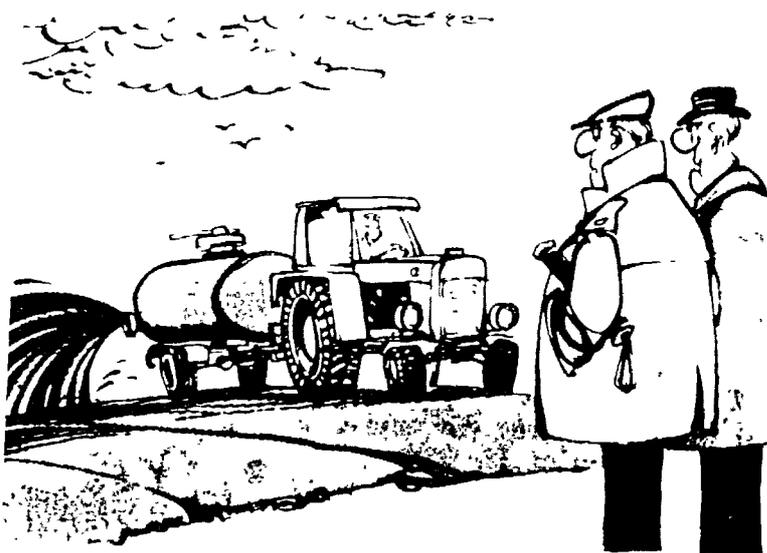
Nichts braucht die Schule mehr als kontinuierliche, beharrliche Arbeit und Ruhe dazu. Natürlich braucht die Schule Reformen, aber überlegte, gut vorbereitete und abgesicherte, auf die sich Schüler, Eltern und Lehrer verlassen können. Aber mit Hektik mußten die alten Lehrpläne geändert werden. Sie traten nach und nach zwischen 1977 und 1981 aber nur als "vorläufige" in Kraft. Somit war eine Neuauflage bereits bei der Einführung vorprogrammiert. Vom kommenden Schuljahr an werden völlig veränderte Lehrpläne eingeführt. Zwischen durch erfolgte mit der überraschenden Einzelentscheidung des "Mengenlehre-Verbots" eine Abkopplung von fast allen anderen Bundes- und Nachbarländern. Nachdem das alles in die Wege geleitet ist, will He Mayer-Vorfelder jetzt aber auch auf den fahrenden Zug der "Informatik" aufspringen und neue Medien, Bildschirmtext und Datenverarbeitung aufnehmen, wozu die Mengenlehre und das Rechnen in verschiedenen Zahlensystemen die Grundlage bilden. Mal reaktionär mal progressiv: Schulverbot für Kriegsdienstverweigerer, Verbot von Diskussionen über den Frieden und Verzicht auf ökologische Probleme in den Schulen auf der einen Seite, Bafög-Streichungen, Erhöhung von Schülerbeförderungs- und Lernmittelkosten, Abschottung der verschiedenen Schularten gegeneinander, auslesen statt fördern und der neue Plan, "Elite-Schulen" in Baden-Württemberg zu errichten auf Kosten der verstärkten Breitenförderung im Bildungswesen auf der anderen Seite.

SPD: Fördern statt auslesen

Das ist nicht die Politik, die wir wollen! - "Fördern statt auslesen" ist das bildungspolitische Motto der SPD in diesem Wahlkampf!

Deshalb: Keine öffentliche Einschüchterung und Beschimpfung der Lehrer, sozial gerechte Bildungschancen für alle, Gesamtschulen als Angebot, kleinere Klassen, keinen Unterrichtsausfall und ausgewogene Lehrpläne, die den Anforderungen der Zukunft gerecht werden, das sind Programmpunkte sozialdemokratischer Bildungspolitik!

Ulrich Beck



ZEICHNUNG HAITZINGER/77

„Übrigens, gibt's wieder irgend 'ne neue Äußerung von Geißler?“

"Unser Land ist einfach zu schön, um schwarz zu sein"

Auszüge aus einer Wahlkampfrede des SPD-Landesvorsitzenden Ulrich L a n g

"Wir bitten bei dieser Wahl am 25. März 1984 um das Vertrauen für eine Politik der Gerechtigkeit, des Wohlstandes für alle und der modernen Wirtschaftsstrukturen nicht gegen, sondern mit den Arbeitnehmern. Unsere Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik ist solide durchdacht. Sie ist die Alternative zur Politik des Nichtstuns, der Gewöhnung, der Verharmlosung, der Beschönigung der Massenarbeitslosigkeit durch CDU und FDP in Bonn und in Stuttgart. Wir wollen unsere Wirtschaft stärken, aber nicht gegen, sondern mit den Arbeitnehmern.

Wälder sterben und das Grundwasser ist nicht mehr rein, deshalb hat für uns Sozialdemokraten in jedem Fall der ökologische Maßstab Priorität. Umweltpolitik ist lange genug ein Reparaturunternehmen geblieben. Die CDU-Politik hier im Land ist damit in die ökologische Sackgasse geraten.

Wir treten am 25. März vor die Bürger mit unserer Politik, die das Recht der jungen Menschen auf Bildung, Leistung und Mitverantwortung als ein gesellschaftliches Grundprinzip verankert haben will.

Wir kämpfen am 25. März auch für eine reale Gleichstellung der Frauen in unserer Gesellschaft. Frauen müssen frei, selbstverantwortlich und chancenreich ihre Position einnehmen können. Das Grundrecht auf Ausbildung gilt deshalb auch für die Mädchen.

Bei dieser Landtagswahl kann der Bürger auch unsere, die sozialdemokratische Friedenspolitik unterstützen. Wir wollen vom Bürger ein gestärktes Mandat dafür, daß möglichst schnell alle Anstrengungen unternommen werden, die Pershing II-Raketen wieder herauszubringen."

Gegen den schwarzen Filz

"Unter dem Landesvorsitz von Späth ist die CDU in Baden-Württemberg immer mehr zu einem "Ministerpräsidenten-Wahlverein" geworden. Von Teamgeist-Denken und Kreativität, das was Politik eigentlich ausmacht, keine Spur. Da wird der ganze Staatsapparat - von den Zentralstellen der Minister bis zum Staatsministerium - zum Staatswahlkampf für die CDU eingesetzt.

Der schwarze Filz hat sich im Lande ausgebreitet. Die Bürger haben einen Anspruch darauf, daß wir diesem CDU-Staat Grenzen setzen. Nur wenn wir die absolute Mehrheit der CDU brechen, wenn das sozialdemokratische Gegengewicht verstärkt wird, kann wieder echte demokratische Politik betrieben werden.

Die vielgerühmte Wendepolitik hat auch in Baden-Württemberg ihre Spuren hinterlassen. Da werden Kindergartenbeiträge erhöht, da werden Lernmittel gekürzt, da steigen die Kosten für Schülerbeförderung, da wird das Arbeitslosengeld gekürzt, die Sozialhilfe, die Arbeitslosenhilfe und das Schülerbafög zusammengestrichen.

Während der CDU-Staat in Bonn und Stuttgart die Schwachen ausgrenzt und die Gräben wieder aufreißt, wollen wir die Solidarität der Starken für die Schwachen gewinnen, setzen wir auf sozialen Ausgleich.

Für einen neuen politischen Stil

" Ich persönlich werbe bei dieser Landtagswahl auch für einen neuen politischen Stil in Bonn und in Stuttgart. Ich arbeite für eine zukunftsorientierte, solide, berechenbare und beständige Politik. Dafür müssen die Aussagen klar sein. Unser Zukunfts-Programm gilt über den Tag hinaus.

Wir haben mit den Bürgern gesprochen, den Experten zugehört, in der Partei diskutiert und dann entschieden. Der Bürger weiß, woran er ist. Dem Bürger hilft es nicht, wenn die Probleme und wichtigen Themen bloß mit Worten besetzt werden, sie müssen gelöst werden. Das ist der Unterschied."

Uns wird niemand in die Miesmacher-Rolle hineinpressen können.

Aber wir sagen: Wer will, daß Baden Württemberg auch morgen gut dasteht, der muß heute Zukunftsvorsorge treffen.

Deshalb, und weil es um die Zukunft unseres Landes Baden-Württemberg geht, lautet meine zentrale These: Unser Land hat nur dann eine Zukunft, wenn es eine Zukunft für alle hat.

Wir kritisieren nicht unser Land, sondern die Politik der CDU. Und deshalb sagen wir: Unser Land ist einfach zu schön, um schwarz zu sein.

Die Menschen aber wollen wissen, woran sie sind. Sie sind für eine gradlinige, berechenbare Politik, die sich an Werten, an Grundüberzeugungen orientiert und nicht an Aktienkursen, Kalendersprüchen und demoskopischen Mehrheiten.

Die Alternative ist also klar:

Am 25. März 1984 können die Baden-Württemberger entweder das CDU-FDP-Bündnis in Bonn und in Stuttgart oder die sozialdemokratische Alternative stärken."

Rudolf Hüttemann



**Alle Förster haben
allen Grund, diesmal die
SPD zu wählen.**

SPD 
Unsere natürlichen Lebensgrundlagen sind
in Gefahr. Wir müssen sofort handeln, um zu
retten, was zu retten ist. In Zukunft müssen
Natur und Umwelt Richtschnur
für unser Handeln sein.

Zukunft für alle.



**Alle Rentner haben
allen Grund, diesmal die
SPD zu wählen.**

SPD 
Es ist unchristlich, die Kosten der Krise auf
die Schwachen zu laden. Unsere älteren Mit-
bürger haben ein Recht auf Sicherheit,
soziale Dienste und vielfältige
Entfaltungsmöglichkeiten.

Zukunft für alle.



**Alle Werkzeugmacher
haben allen Grund, diesmal
die SPD zu wählen.**

SPD 
Wir werden mit Sachverstand und Einfalls-
reichtum die Strukturprobleme unserer Wirt-
schaft lösen und die Arbeitszeit verkürzen.
Nur so können wir wieder Arbeit
für alle schaffen.

Zukunft für alle.



**Ulrich Lang:
Die Baden-Württemberger
haben diesmal allen Grund,
die SPD zu wählen.**

SPD 
Unser Land braucht Aufschwung nicht nur für
Aktionäre, Lebensqualität nicht nur für Reiche,
Bildung und Kultur nicht nur für eine Elite.
Wir wollen eine freie und soziale
Zukunft für alle.

Zukunft für alle.